

Amnesty kritisiert Abtreibungsverbot

Berlin. Ein Jahr nach Inkrafttreten des vollständigen Abtreibungsverbots in Nicaragua hat Amnesty International (ai) eine Neuregelung zugunsten von Vergewaltigungsopfern und erkrankten Schwangeren gefordert. In dem zentralamerikanischen Land ist eine Abtreibung selbst dann verboten, wenn Leben und die Gesundheit der Schwangeren gefährdet sind.

Für einen Abbruch drohen in Nicaragua sowohl der Patientin als auch dem Arzt Gefängnisstrafen zwischen vier und acht Jahren. Ärzten drohe auch dann eine Haftstrafe, wenn sie bei der Behandlung von Schwangeren dem Fötus unbeabsichtigt Schaden zufügten, hieß es in der ai-Erklärung. Die Gefahr, kriminalisiert zu werden, könne Ärzte davon abhalten, Schwangeren die notwendige, »oft lebensrettende Hilfe zukommen zu lassen«, kritisierte Amnesty.

In den Jahren 2005 bis 2007 wurden laut einem am Dienstag veröffentlichten ai-Bericht 1247 Mädchen in Nicaragua Opfer von Vergewaltigung oder Inzest, bei 198 von ihnen (16 Prozent) war eine Schwangerschaft die Folge. Von ihnen seien 172 erst zwischen zehn und 14 Jahre alt gewesen. »Junge Mädchen in Armut zahlen den höchsten Preis für die Gesetzesänderung«, kritisierte die Organisation, denn sie müßten im Falle einer Schwangerschaft die Schule verlassen. Das vollständige Abtreibungsverbot in Nicaragua war Ende 2006 mit den Stimmen der Liberalen und der heute regierenden Sandinisten verabschiedet worden.

(AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/128996.amnesty-kritisiert-abtreibungsverbot.html>